

Fragen

**für die Fragestunde der 34. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 10. Mai 2006**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Addicks, Karl (FDP)	5, 12	Kotting-Uhl, Sylvia	2, 30 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beck, Marieluise (Bremen)	15, 16 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Kurth, Undine (Quedlinburg)	6 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Behm, Cornelia	28, 29 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	24, 25
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	22, 23	Schäfer, Paul (Köln) (DIE LINKE.)	17, 18
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	13, 14	Scheel, Christine	26, 27 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	3, 4	Schummer, Uwe (CDU/CSU)	1
Höfken, Ulrike	32, 33 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ströbele, Hans-Christian	9, 21 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Höhn, Bärbel	34, 35 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Dr. Terpe, Harald	31 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kipping, Katja (DIE LINKE.)	7, 8	Wieland, Wolfgang	19, 20 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Koppelin, Jürgen (FDP)	10, 11		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	8

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

1. Abgeordneter
Uwe Schummer
(CDU/CSU) Wie viele Versandapotheken gibt es in Deutschland, und nach welchen Kriterien werden sie zugelassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

2. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Jahresproduktionsmengen der Chemikalie Isopropylthioxanton (ITX), und wie würde die Chemikalie von der neuen europäischen Chemikalienverordnung REACH (Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe) erfasst, wenn man die Einigung zu REACH im europäischen Wettbewerbsrat vom Dezember 2005 zu Grunde legt?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

3. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.) Wann wird die neu eingerichtete Arbeitsgruppe zum Hochschulpakt erste Ergebnisse vorlegen, und in welcher Form wird die Bundesregierung das Parlament in die laufenden Beratungen einbeziehen?
4. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.) Welches sind die „verschiedenen Maßnahmen und Initiativen“, die die Bundesregierung nach eigener Aussage durchführt, um geschlechtsspezifische Diskriminierung im Bereich der beruflichen Bildung abzubauen (siehe Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Gestaltung des neu errichteten Innovationskreises für Berufliche Bildung im Bundesministerium für Bildung und Forschung“ auf Bundestagsdrucksache 16/1380)?

*) Siehe hierzu auch Frage 30.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

5. Abgeordneter
Dr. Karl Addicks
(FDP)
- Wird die Bundesregierung angesichts ihrer im September/Oktober 2006 stattfindenden Regierungsverhandlungen mit Marokko über die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit den Westsahara-Konflikt miteinbeziehen?*)

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

6. Abgeordnete
Undine Kurth
(**Quedlinburg**)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen zusätzlichen öffentlichen Aufklärungsbedarf über die Verbrechen der SED-Diktatur und der öffentlichen Propagandaarbeit der ehemaligen Täter und ihrer Vereinigungen sieht die Bundesregierung auch für die Arbeit der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen in der Gedenkstätte Hohenschönhausen und aktuellen Forderungen nach Auflösung dieser Behörde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

7. Abgeordnete
Katja Kipping
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass infolge des Optimierungsgesetzes zum Zweiten Buch Sozialgesetzbuch die im vorliegenden Haushaltsentwurf geplanten Einsparungen in Höhe von 300 bis 400 Mio. Euro durch Absenkung der Regelleistung für das Arbeitslosengeld II realisiert werden?
8. Abgeordnete
Katja Kipping
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass im Rahmen des Optimierungsgesetzes zum Zweiten Buch Sozialgesetzbuch die Regelleistung für das Arbeitslosengeld II gekürzt wird?

*) Siehe hierzu auch Frage 12.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

9. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass Dr. I. M. sich vor Gericht in Deutschland, in der Demokratischen Republik Kongo, in Ruanda oder vor dem Internationalen Gerichtshof wegen der Vorwürfe verantworten muss, und was unternahm die Bundesregierung zu diesem Zweck konkret etwa durch Weisung an den Generalbundesanwalt?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

10. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, dass Kernenergie preiswert zur Verfügung steht, international sogar ausgebaut wird und zur Reduzierung des Treibhauseffektes beiträgt (dpa vom 3. Mai 2006)?
11. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, dass der russische Energiekonzern Gasprom „derzeit auf einem hohen Ross“ sitzt (dpa vom 3. Mai 2006)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

12. Abgeordneter
Dr. Karl Addicks
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeitige Situation im Westsahara-Konflikt, nachdem die UNO angekündigt hat, die Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien zukünftig aufzugeben und die Lösung des Konflikts durch direkte Verhandlungen zwischen Marokko und der Polisario empfiehlt?**)
13. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Beteiligt sich Deutschland am UN-Aktionsplan 2006 für die Demokratische Republik Kongo (DRC Humanitarian Action Plan/HAP), und welchen konkreten Beitrag leistet die Bundesregierung?

*) Siehe hierzu auch Frage 21.

**) Siehe hierzu auch Frage 5.

14. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Wie viele zivile Wahlbeobachter werden von Deutschland und der EU zum ersten und zweiten (voraussichtlich Ende Juli 2006) Wahlgang in die Demokratische Republik Kongo entsandt?
15. Abgeordnete
Marieluise Beck
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für welche Schritte engagiert sich die Bundesregierung im Lichte des jüngsten OSZE/ODIHR-Berichtes vom 24. April 2006 und bisheriger erfolgloser Bemühungen im Rahmen der OSZE und anderer multilateraler Gremien, um eine international unabhängige Untersuchung der gewaltsamen Vorfälle in Andischan am 13. Mai 2005 sicherzustellen?
16. Abgeordnete
Marieluise Beck
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie geht die Bundesregierung mit Forderungen von usbekischer Seite um, das Mandat des OSZE-Zentrums in Taschkent ab diesem Sommer einzuschränken?
17. Abgeordneter
Paul Schäfer
(Köln)
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung angesichts der Bestimmungen der UN-Sicherheitsratsresolution 1671 (vom 25. April 2006) und der Gemeinsamen Aktion des Rates der Europäischen Union Nr. 7779/06 (vom 26. April 2006) eine kurz- oder langfristige Ausweitung des Aufgabenspektrums der EUFOR RD CONGO-Mission ausschließen?
18. Abgeordneter
Paul Schäfer
(Köln)
(DIE LINKE.)
- Welche Evakuierungseinsätze sind nach Auffassung der Bundesregierung von Punkt 8.e der UN-Sicherheitsratsresolution 1671 (vom 25. April 2006) abgedeckt, die von „operations of limited character in order to extract individuals in danger“ spricht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

19. Abgeordneter
Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es gewährleistet, dass Unternehmen, die nicht Hauptsponsoren der FIFA oder nationale Förderer der Fußballweltmeisterschaft 2006 sind, ihre grundrechtlich geschützte Werbefreiheit an den Orten und Spielstätten (Stadien, Zufahrtsstraßen, Luftraum, sonstige Veranstaltungsorten) der Fußballweltmeisterschaft ausüben können, soweit es sich um öffent-

- liche Räume handelt, und wenn nein, aufgrund welcher Vereinbarungen bzw. auf welcher gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage werden Zutritt und Ausübung der Werbefreiheit während der Dauer der Fußballweltmeisterschaft beschränkt?
20. Abgeordneter
Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen räumlichen und zeitlichen Grenzen beteiligen sich nach Kenntnis der Bundesregierung hoheitliche Organe der Bundesrepublik Deutschland an der Überwachung oder Durchsetzung von FIFA-Werbebeschränkungen?
21. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Freilassung des in Deutschland festgenommenen ruandischen Staatsangehörigen Dr. I. M. durch die deutschen Behörden, der als Anführer und Chef der FDLR/FOCA (Forces Democratiques des Liberation du Rwanda/Forces Combattantes Abacunguzi) wegen schwerster Kriegsverbrechen, Mord und Vergewaltigung von der US-Regierung als „Terrorist“ gelistet ist und vom UN-Sicherheitsrat in den Resolutionen 1596 (2005) und 1649 (2005) mit einem Reiseverbot sowie finanziellen Sanktionen belegt wurde?*)
22. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse haben die Verfassungsschutzbehörden über die beiden Organisationen „Initiativgemeinschaft zum Schutz sozialer Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR“ (Isor) und die „Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung“ (GHR), und ist bekannt, welche Politiker (aktuelle und ehemalige Bundes- und Landtagsabgeordnete, Bundes- und Landesminister bzw. Staatssekretäre) vor einer der beiden Organisationen schon Vorträge hielten bzw. an deren Veranstaltungen teilnahmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

23. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung dem Vorschlag des Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso, gegenüber, zur künftigen Finanzierung der Aufgaben der Europäischen Union eine so genannte EU-Steuer einzuführen, und wie schätzt die Bundesregierung das entsprechende Meinungsbild der Regierungen in den anderen Mitgliedstaaten ein?

*) Siehe hierzu auch Frage 9.

24. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(DIE LINKE.)
- Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, dass ehemalige tschechische Zwangsarbeiter an deutschen Schulen über ihre Erfahrungen mit der Zeit des Nationalsozialismus berichten, und wie bewertet die Bundesregierung die Meldung, dass die Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ die notwendigen Mittel von 50 000 Euro nicht mehr für diesen Zweck bereitstellen will (Berliner Zeitung vom 5. Mai 2006)?
25. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist das Budget der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ in den Jahren 2006 und 2007, und wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass dieses Projekt weiter finanziert wird?
26. Abgeordnete
**Christine
Scheel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Argumenten begründet die Bundesregierung, dass es für die Bürgerinnen und Bürger durch Mehrwertsteuererhöhung, Kürzung des Sparfreibetrages und der Pendlerpauschale zu massiven Steuermehrbelastungen kommen wird, während nach Presseberichten für Kapitalgesellschaften jetzt Steuerentlastungen in Milliardenhöhe von der Bundesregierung geplant sind, und mit welchen Argumenten begründet die Bundesregierung, dass sie für die kleinen Einzelunternehmen wie z. B. Handwerksbetriebe keinerlei Steuerentlastungen plant?
27. Abgeordnete
**Christine
Scheel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist nach Ansicht der Bundesregierung ein Vorziehen der Unternehmenssteuerreform auf 2007 machbar, und wäre damit die Befreiung der gewerblichen Wirtschaft von der so genannten Reichensteuer verfassungskonform umsetzbar?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

28. Abgeordnete
**Cornelia
Behm**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, Verbraucherinnen und Verbrauchern im angekündigten Verbraucherinformationsgesetz auch ein Informationsrecht über unbeabsichtigte Kontaminationen in Lebensmitteln mit Substanzen wie Isopropylthioxanton (ITX) oder Acrylamid einzuräumen?

29. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung über die bisher öffentlich bekannten hinaus weitere Ergebnisse aus den Bundesländern und zu anderen Lebensmittelgruppen als Fruchtsäften bekannt, in denen ITX im Lebensmittel nachgewiesen wurde?
30. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche alternativen Stoffe und Verfahren werden anstelle der Druckchemikalie Isopropylthioxanton (ITX) in Getränkekartons eingesetzt, und wie fällt die toxikologische Bewertung der alternativen Chemikalien jeweils aus?*)
31. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes Stuttgart, dass bei höheren Migrationswerten als 0,05 mg/kg Isopropylthioxanton (ITX) zusätzliche Daten für die toxikologische Bewertung erforderlich sind, die dem Bundesinstitut für Risikobewertung zurzeit aber noch nicht vorliegen, und bis wann hat die Bundesregierung der Druckindustrie Frist zur Übermittlung der fehlenden Daten gesetzt?
32. Abgeordnete
Ulrike Höfken
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Untersuchungsbefund des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes Stuttgart, das insbesondere Orangensaft, Kindermilch und Joghurt mit Isopropylthioxanton-Gehalten von 0,01 bis 0,36 mg/kg belastet waren?
33. Abgeordnete
Ulrike Höfken
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang berichten die Landesüberwachungsbehörden über das im Zuge der letzten Fleischskandale zwischen Bund und Ländern eingerichtete EDV-Meldesystem FIS-VL über ITX-Funde, und wie hat sich das System bewährt?
34. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welcher Rechtsquelle leitet das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz den Einwand im Antwortschreiben an die Deutsche Umwelthilfe vom 28. Februar 2006 ab, dass für die Herausgabe von Informationen ein eigenes Verfügungsrecht über Daten vorliegen müsse, und wie ist das eigene Verfügungsrecht definiert?

*) Siehe hierzu auch Frage 2.

35. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie definiert die Bundesregierung Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die den Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher an Veröffentlichungen von Informationen entgegenstehen, und welche Richtlinien sind diesbezüglich für ausführende Behörden vorgesehen?

